

2 / 5

---

**ZAHNÄRZTE****Lücke im System**

Die Sparpläne des Bundes haben die Zahnarztpraxen erreicht.

Da den Ärzten nicht mehr alle Leistungen vergütet werden, erbringen sie diese nicht mehr vollständig. Es ist mehr als der Protest einer privilegierten Berufsgruppe.

**VON ANDREAS MACHO**

**J**ana Lo Scalzo sitzt auf einem Schemel in einem der Behandlungszimmer ihrer Zahnarztpraxis in Berlin-Kreuzberg. Es riecht nach Desinfektionsmittel, die Wände sind strahlend weiß, das digitale Röntgengerät im Nebenzimmer ist auf dem neuesten Stand der Technik. Jetzt müssen Kassenpatienten nur noch hoffen, dass sie in der rundum sanierten Praxis auch einen Termin bekommen. Und die Behandlung, die sie brauchen. Denn beides ist in deutschen Zahnarztpraxen nicht mehr selbstverständlich.

„Weil die Bundesregierung durch ihre Spargesetze eine strikte Budgetierung zahnmedizinischer Leistungen eingeführt hat, werden nicht mehr alle Behandlungen vergütet, und ich muss auswählen, welche Erkrankungen ich vorrangig therapiere“, sagt die 43 Jahre alte Ärztin. Schwere Fälle werden sofort behandelt, weniger schwere müssen mitunter warten oder werden im Sparmodus versorgt. Während Corona bangten Patienten vor dem Schreckgespenst der Triage und damit der Frage, wer angesichts enger Kapazitäten zuerst behandelt werden kann. Nun ist dieses Prinzip offenbar in zahlreichen Zahnarztpraxen zur Wirklichkeit geworden.

Seit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) im Vorjahr ein Loch von 17 Milliarden Euro in den Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) für das Jahr 2023 ausmachte, regiert im Gesundheitswesen der Sparstift. Mittels des eilig beschlossenen GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes wurden zahlreiche Institutionen beschnitten. Besonders getroffen hat es dabei die ambulante Versorgung und die Zahnärzte.

Der Unmut darüber wird sich aller Voraussicht nach am 8. September am Brandenburger Tor in Berlin entladen. Dorthin hat der Verband

2 / 5

Verband der niedergelassenen Ärzte (Virchowbund), die Bundesärztekammer, die Bundeszahnärztekammer, der Freie Verband Deutscher Zahnärzte, der Verband Deutscher Dentalhygieniker und zahlreiche weitere Verbände haben ihre Teilnahme angekündigt. Die Veranstalter rechnen mit rund 10.000 Protestierenden. Vieles spricht dafür, dass die Veranstaltung tatsächlich groß ausfallen könnte.

Denn der Frust unter den niedergelassenen Ärzten sitzt tief. Besonders ausgeprägt ist er unter den Zahnärzten. Diese demonstrierten in den vergangenen Monaten bereits in mehreren Städten. Dass gerade diese Gruppe in besonders hohem Ausmaß mobil macht, liegt auch an deren struktureller Ausrichtung. Im Gegensatz zu vielen anderen ärztlichen Fachgruppen arbeiten Zahnärzte fast ausschließlich im niedergelassenen Bereich und eben nicht in Krankenhäusern. Vom Sparwillen des Ministers sehen sie sich besonders getroffen. Denn durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz ist es zu einer Budgetierung zahlreicher Leistungen gekommen. So teilt die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) mit, dass derzeit elf von 17 Kassenzahnärztliche Vereinigungen „deutliche und nicht mit früheren Jahren vergleichbare Honorarkürzungen für ihre Mitglieder für das Abrechnungsjahr 2023“ erwarten. Insgesamt waren deutschlandweit im ersten Quartal des Jahres 30 Prozent aller Praxen von Kürzungen betroffen.

Tatsächlich ist der Protest am kommenden Freitag mehr als das Aufbäumen einer privilegierten Berufsgruppe. Denn längst haben die Kürzungen im Gesundheitsbereich Auswirkungen auf die Zahnbehandlung vieler Deutscher, zumindest wenn sie auf Kassenleistungen angewiesen sind. Offengelegt wird durch den Protest auch eine allgemeine Fehlentwicklung im Gesundheitssystem. Denn während Krankenhäuser in

2 / 5

Reformen aus dem Bundesgesundheitsministerium scheinen diese Entwicklung zu beschleunigen.

Spürbar wurde die aktuelle Misere für Zahnärztin Lo Scalzo mit einem Bescheid der KZV Berlin, der ihr Mitte Juni zugestellt wurde. Die Vereinigung offenbarte ihr darin einen „vorläufigen Honorareinbehalt“, da dieses den „Grenzwert“ für ihre Praxis im ersten Quartal um 23,93 Prozentpunkte überschritten habe.

Die Auswirkungen der Sparmaßnahmen aus dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz für Zahnärzte sind drastisch. „Durch diesen Grenzwert bekomme ich für das erste Quartal des Jahres rund 5000 Euro von bereits erbrachten Leistungen nicht vergütet“, sagt Lo Scalzo. Für das ganze Jahr rechnet sie damit, bis zu 30.000 Euro nicht ausgezahlt zu bekommen. Für die Zahnärztin wiegen die Kürzungen doppelt schwer. Denn die Inflation treibt die Kosten der Praxisbesitzerin für Personal, Energie und zahlreiche medizinische Artikel.

Folgenreich ist Lauterbachs Sparstift auch für Patienten. Etwa wenn diese an Parodontitis, also Entzündungen des Zahnfleisches, leiden. „Durch die Budgetierung ziehe ich die schweren Infektionsfälle in der Behandlung vor. Leichte Fälle kann ich derzeit nur mittels Mundhygiene oder gar nicht behandeln. Langfristig rächt sich das natürlich, weil unbehandelte Parodontitis sich ausbreitet und zu zahlreichen Folgeerkrankungen führen kann“, sagt Lo Scalzo. Die „nicht beachteten Wechselwirkungen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetz mit der neu eingeführten Parodontitis-Behandlungsstrecke“ ist laut KZBV auch einer der Hauptgründe für die derzeitige Budgetunterdeckung.

Und das ist nicht die einzige schlechte Nachricht für Patienten in

2 / 5

greifen. So hat Lo Scalzo in ihrer Praxis die Preise für alle privaten Leistungen wie Mundhygiene oder die Aufhellung von Zähnen im Schnitt um 25 Prozent angehoben. „Durch die angehobenen Preise verdiene ich nicht mehr. Sie gleichen lediglich die gestiegenen Kosten aus“, sagt Lo Scalzo.

Nicht nur in Berlin-Kreuzberg ist die Situation für Zahnärzte und Patienten prekär. „Durch die aktuelle Budgetierung von zahnärztlichen Leistungen gerät die Therapiefreiheit in Gefahr“, warnt Harald Schrader, Bundesvorsitzender des Freien Verbands Deutscher Zahnärzte (FVDZ). Schrader sieht die Zahnarztpraxen von den Einsparungen besonders betroffen. „Während Kliniken sechs Milliarden Euro erhielten, um die gestiegenen Energiekosten abzufangen, geht der ambulante Sektor weitgehend leer aus“, beklagt er. Hinter der mangelnden Unterstützung der Niedergelassenen vermutet Schrader Kalkül aus dem Bundesgesundheitsministerium (BMG). „Sämtliche Reformen des Bundesgesundheitsministers stärken Kliniken und ambulante Versorgungszentren in Ballungsgebieten und dünnen die Arztpraxen in ländlichen Regionen aus. Dies führt direkt zu einer zahnmedizinischen Unterversorgung in ländlichen Gebieten“, so Schrader.

Dabei sei es gerade die große Anzahl von niedergelassenen Ärzten gewesen, die die Krankenhäuser während der Corona-Pandemie entlastet hätten. „Dass es in Bergamo in Oberitalien zu so furchtbaren Szenen wie den gestapelten Särgen gekommen ist, liegt auch daran, dass in Italien Arztpraxen weitgehend Privatzahlern vorbehalten sind und die Versorgung vor allem in Krankenhäusern stattfindet. Offenbar will das Bundesgesundheitsministerium nun eben diesen Weg einschlagen“, sagt Schrader.

2 / 5

der zu dem Protest vor dem Brandenburger Tor aufruft, dass medizinische Fachangestellte mit Gehältern auskommen müssten, „die bei der gegenwärtigen Inflation ein eigenständiges Leben nicht möglich machen“. Der Virchowbund beklagt eine „fehlgerichtete Sparpolitik“, die „viele Praxen in akute Existenznot“ gebracht hätte. So fehle ein Ausgleich für die Inflation und die „horrend gestiegenen Kosten“ fehlen.

Zahnärztin Lo Scalzo geht durch ihre Praxis und öffnet eine Tür hinter der Rezeption. Sie blickt auf einen Stapel ausgemusterter medizinischer Geräte. „Eigentlich wollte ich den Raum zu einer Umkleide für die Mitarbeiter umbauen“, sagt Lo Scalzo. Doch dafür fehle nun ebenso das Geld wie für die Einrichtung eines neuen Behandlungszimmers.

Die Sparmaßnahmen an ihre Mitarbeiter weiterreichen will die Ärztin hingegen nicht. Lo Scalzo hat ihrem Personal einen Inflationsausgleich gezahlt. „An den Mitarbeitern zu sparen, wäre der falsche Ansatz“, sagt sie. Zumindest diesen Luxus kann sich die Praxis-Besitzerin noch leisten.

---

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten

---

*Ausgabe vom 3. September 2023*

© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten